



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und Lagebericht

BESTÄTIGUNGSVERMERK

juris GmbH
Juristisches Informationssystem für die
Bundesrepublik Deutschland
Saarbrücken

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktiva

	Anhang	31.12.2018	31.12.2017
		EUR	EUR
A. Anlagevermögen	(B.1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		5.965.618,71	3.720.742,84
II. Sachanlagen		2.236.963,39	1.550.844,76
		8.202.582,10	5.271.587,60
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(B.2)	50.877,09	125.554,09
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(B.3)	3.931.899,51	3.506.610,41
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		14.907.182,52	16.328.035,24
		18.889.959,12	19.960.199,74
C. Rechnungsabgrenzungsposten		867.094,00	401.403,49
		27.959.635,22	25.633.190,83

Passiva

Anhang	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	(B.4)	
I. Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
II. Gewinnvortrag	1.737.225,04	555.913,40
III. Jahresüberschuss	8.331.478,19	8.546.662,15
	12.750.071,26	11.783.943,58
B. Rückstellungen	(B.5)	7.854.200,00
C. Verbindlichkeiten	(B.6)	1.448.320,74
D. Rechnungsabgrenzungsposten		4.828.162,22
E. Passive latente Steuern	(B.7)	1.078.881,00
		392.851,00
	27.959.635,22	25.633.190,83

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	Anhang	2018	2017
		EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	(C.1)	51.760.040,03	48.692.565,34
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	(C.2)	853.551,40	881.223,25
3. Gesamtleistung		52.613.591,43	49.573.788,59
4. Sonstige betriebliche Erträge	(C.3)	671.246,12	600.935,85
5. Materialaufwand	(C.4)	13.442.694,48	11.765.879,95
6. Personalaufwand	(C.5)	17.618.322,01	16.471.523,56
7. Abschreibungen	(C.6)	1.453.602,99	1.155.504,94
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(C.7)	8.150.967,81	8.175.976,16
9. Finanzergebnis	(C.8)	-3.107,76	-33.225,91
10. Ergebnis vor Steuern		12.616.142,50	12.572.613,92
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(C.9)	4.278.720,31	4.020.827,35
12. Ergebnis nach Steuern		8.337.422,19	8.551.786,57
13. Sonstige Steuern		5.944,00	5.124,42
14. Jahresüberschuss	(C.10)	8.331.478,19	8.546.662,15

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

(A) Ausweis, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahreschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66117 Saarbrücken, Gutenbergstraße 23, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 Gebrauch gemacht. Diese werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer des Kundenstamms orientierte sich an dem erwarteten Lebenszyklus der entsprechenden Produkte und wurde insgesamt auf 10 Jahre angesetzt.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten bilanziert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von EUR 800 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei wird sich an den steuerlichen AfA-Tabellen unter Berücksichtigung der kürzesten steuerlich zulässigen Nutzungsdauer orientiert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Bewertung der Vorräte/Waren erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Für Wertminderungen werden angemessene Abwertungen vorgenommen.

Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert bzw. dem Barwert bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Ansprüchen angesetzt. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1 % der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind mit ihren Nennwerten angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der „Projected-Unit-Credit-Methode“ errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 3,21 % (10-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 1,0 % berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Es wurde eine zukunftsorientierte Verpflichtungsbewertung unter Berücksichtigung von Preis- und Kostensteigerung durchgeführt. Zur Berücksichtigung biometrischer Faktoren wurde wie in den Vorjahren ein pauschaler Abschlag von 2 % auf die Verpflichtungen vorgenommen.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit

den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Gemäß § 274 HGB wird eine saldierte Abgrenzung für die voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede angewandt. Weitere Angaben hierzu sind bei den Erläuterungen zur Bilanz unter Nr. 7 zu finden.

(B) Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf TEUR 2.019, die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(2) Vorräte

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Waren	50.877,09	125.554,09

Auf Warenbestände wurden in 2018 Abwertungen in Höhe von TEUR 75 (i. Vj. TEUR 50) vorgenommen.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 263 (i. Vj. TEUR 342) –	3.031.186,77	3.026.454,94
Forderungen gegen Gesellschafter	27.917,56	45.606,63
Sonstige Vermögensgegenstände – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 24 (i. Vj. TEUR 24) –	872.795,18	434.548,84
	3.931.899,51	3.506.610,41

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegen Gesellschafter hatten zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(4) Eigenkapital

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
Gewinnvortrag	1.737.225,04	555.913,40
Jahresüberschuss	8.331.478,19	8.546.662,15
	12.750.071,26	11.783.943,58

Ausschüttungsgesperrte Beträge

	Bilanz- ausweis	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Sperrbetrag
	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	3.939.881,85	0,00	1.299.176,04	2.640.705,81
Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	65.638,00	0,00	0,00	65.638,00
Sonstige latente Steuern	0,00	223.973,93	3.678,89	220.295,04
Zur Ausschüttung gesperrt	4.005.519,85	223.973,93	1.302.854,93	2.926.638,85

(5) Rückstellungen

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Rückstellungen für Pensionen	785.730,00	749.690,00
Sonstige Rückstellungen		
Personal	2.076.310,00	2.139.990,00
Prüfung und Beratung	189.900,00	95.700,00
Übrige	4.802.260,00	4.329.620,00
	7.854.200,00	7.315.000,00

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittzinssatzes	785.731,00	749.690,00
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes	851.369,00	811.660,00
ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	65.638,00	61.970,00

Für die in den Personalarückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen zugunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. In 2018 betrug die Avalbürgschaft TEUR 550 (i. Vj. TEUR 700).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(6) Verbindlichkeiten

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.038.658,62	1.168.732,52
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	8.278,02	44.155,00
Sonstige Verbindlichkeiten		
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 401 (i. Vj. TEUR 297) –		
– davon mit einer Restlaufzeit von einem bis fünf Jahren TEUR 0 (i. Vj. TEUR 125) –		
– davon aus Steuern TEUR 244 (i. Vj. TEUR 233) –	401.384,10	421.938,23
	1.448.320,74	1.634.825,75

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Es bestehen keine sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(7) Passive latente Steuern

	31.12.2017	Zugang	Verbrauch	Auflösung	31.12.2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktive latente Steuern	-296	-11	83	0	-224
Passive latente Steuern	689	617	-3	0	1.303
	393	606	80	0	1.079

(8) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2018	31.12.2017
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen – davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 4.803 (i. Vj. TEUR 3.884) –	17.165	9.277
Bestellobligo Anlagevermögen	174	62
davon gegenüber Gesellschaftern	1.499	294

(9) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

	2018	2017
	EUR	EUR
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	45.235.164,48	42.117.903,35
Vertrag mit Bundesrepublik Deutschland	4.474.000,00	4.464.000,00
DV-Projekte und Softwareentwicklung	1.260.053,33	1.193.678,78
Übrige Erlöse	790.822,22	916.983,21
	51.760.040,03	48.692.565,34

(2) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen für die selbst erstellte Software werden im Berichtsjahr mit TEUR 854 (i. Vj. TEUR 881) angesetzt.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

	2018	2017
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	358.424,75	312.870,58
Sonstige	312.821,37	288.065,27
	671.246,12	600.935,85

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 471 (i. Vj. TEUR 434) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit TEUR 358 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (i. Vj. TEUR 313).

(4) Materialaufwand

	2018	2017
	EUR	EUR
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	65.578,09	67.487,36
Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.377.116,39	11.698.392,59
	13.442.694,48	11.765.879,95

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2018 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(5) Personalaufwand

	2018	2017
	EUR	EUR
Gehälter	14.399.579,81	13.452.506,55
Soziale Abgaben	2.213.072,29	2.071.339,00
Aufwendungen für Altersversorgung	1.005.482,15	943.296,42
Aufwendungen für Unterstützung	187,76	4.381,59
	17.618.322,01	16.471.523,56

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Mitarbeiterinnen	101
Mitarbeiter	100
	201
zuzüglich Aushilfen	41

(6) Abschreibungen

	2018	2017
	EUR	EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.378.453,36	1.105.961,35
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich	75.149,63	49.543,59
	1.453.602,99	1.155.504,94

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von TEUR 60 (i. Vj. TEUR 479) ausgewiesen.

(8) Finanzergebnis

	2018	2017
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.777,12	3.592,06
Erträge aus der Abzinsung	3.553,66	0,00
Zinsen und ähnliche Erträge	5.330,78	3.592,06
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	130,89
Aufwendungen aus der Aufzinsung	8.438,54	36.687,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.438,54	36.817,97
Finanzergebnis	-3.107,76	-33.225,91

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2018	2017
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer	3.592.690,31	3.627.976,35
Aufwand latenter Steuern	686.030,00	392.851,00
	4.278.720,31	4.020.827,35

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich aus der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und aus der Abzinsung von Forderungen.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen, aus der zukünftigen steuerlichen Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben und aus den für steuerliche Zwecke nicht ansetzbaren Nutzungsdauerabweichungen des Anlagevermögens.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Gesamtsteuersatz von 32,975 % zugrunde gelegt.

Nach § 274 Absatz 1 Satz 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 für den Überhang passiver Steuerlatenzen eine passive latente Steuer bilanziert.

(10) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2018 in Höhe von EUR 8.331.478,19 den zur Ausschüttung verfügbaren Betrag in Höhe von EUR 7.142.064,38 an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 2.926.638,85 (davon Gewinnvortrag EUR 1.737.225,04) auf neue Rechnung vorzutragen.

	EUR	EUR
Jahresüberschuss 2018		8.331.478,19
Ausschüttungsgesperrte Beträge		
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2018	-2.926.638,85	
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2017	1.737.225,04	-1.189.413,81
Zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2018		7.142.064,38

(D) Ergänzende Angaben

Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt TEUR 29. Das Honorar für sonstige Leistungen beträgt TEUR 35.

Geschäftsführer

- Samuel van Oostrom, Saarbrücken
- Johannes Weichert, Berlin

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2018 folgende Mitglieder an:

- Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Dr. Matthias Korte – Vorsitz –
- Ministerialrat im Bundesministerium des Innern
Andreas Reisen
- Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Susann Schumann
- Vertreter der Editions Lefebvre Sarrut S.A.
Dominique Illien (bis 21.06.2018)
- Vertreter der Editions Lefebvre Sarrut S.A.
Rudi Mesotten
- Vertreter der Editions Lefebvre Sarrut S.A.
Audrey Perrin (seit 21.06.2018)

Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2018


	Grundgehalt	pers. Zulage	Prämie 2017 (Auszahlung 2018)	Kfz-Nutzung 1 %	Versorgungs- zuschläge	Gesamtbezüge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Samuel van Oostrom	237.750,03	7.200,00	77.875,00	8.784,00	0,00	331.609,03
Johannes Weichert	137.499,96	0,00	0,00	0,00	30.029,90	167.529,86
	375.249,99	7.200,00	77.875,00	8.784,00	30.029,90	499.138,89

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2018 keine Vergütung bezogen.


Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Saarbrücken, den 22. März 2019



Samuel van Oostrom
Geschäftsführer



Johannes Weichert
Geschäftsführer

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2018

Anschaffungs- und Herstellungskosten					
	1.1.2018	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerb- liche Schutzrechte und ähnliche Rechte	2.104.604,13	2.019.004,84	0,00	0,00	4.123.608,97
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	6.497.193,00	465.196,48	3.360,00	0,00	6.965.749,48
3. Kundenstamm	975.000,00	0,00	0,00	0,00	975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	3.360,00	324.480,00	-3.360,00	0,00	324.480,00
	9.580.157,13	2.808.681,32	0,00	0,00	12.388.838,45
II. Sachanlagen					
1. Bauten auf fremden Grundstücken	211.978,89	0,00	0,00	0,00	211.978,89
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.688.136,64	1.004.308,78	0,00	90.511,81	2.601.933,61
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.336.878,94	482.411,92	0,00	174.770,00	2.644.520,86
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	35.726,69	0,00	0,00	35.726,69
	4.236.994,47	1.522.447,39	0,00	265.281,81	5.494.160,05
	13.817.151,60	4.331.128,71	0,00	265.281,81	17.882.998,50

Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte		
1.1.2018	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2018	31.12.2018	31.12.2017
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
36.497,94	147.229,18	0,00	183.727,12	3.939.881,85	2.068.106,19
4.847.917,35	416.576,27	0,00	5.264.493,62	1.701.255,86	1.649.275,65
974.999,00	0,00	0,00	974.999,00	1,00	1,00
0,00	0,00	0,00	0,00	324.480,00	3.360,00
5.859.414,29	563.805,45	0,00	6.423.219,74	5.965.618,71	3.720.742,84
139.098,19	21.586,85	0,00	160.685,04	51.293,85	72.880,70
1.328.812,41	395.722,54	82.969,15	1.641.565,80	960.367,81	359.324,23
1.218.239,11	397.338,52	160.631,81	1.454.945,82	1.189.575,04	1.118.639,83
0,00	0,00	0,00	0,00	35.726,69	0,00
2.686.149,71	814.647,91	243.600,96	3.257.196,66	2.236.963,39	1.550.844,76
8.545.564,00	1.378.453,36	243.600,96	9.680.416,40	8.202.582,10	5.271.587,60

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

A. Grundlagen des Unternehmens

Die juris GmbH ist ein führender Anbieter von digitalen Rechtsinformationen in Deutschland. Über das Onlineportal juris.de bietet das Unternehmen Zugriff auf mehrere Millionen Dokumente aus allen Rechtsgebieten. Als Pionier in der digitalen Bereitstellung von juristischen Inhalten verfügt juris über die umfangreichste und bis 1879 zurückreichende Sammlung an Gerichtsentscheidungen, Gesetzen und weiteren Vorschriften sowie Zeitschriften, Handbüchern, Formularen, Arbeitshilfen und Kommentaren.

Langjährige Erfahrung, etablierte Prozesse und eine enge Zusammenarbeit mit Gerichten, Verlagen, Behörden sowie vielen eigenen Autoren und Dokumentaren gewährleisten die tägliche Aktualität, Verlässlichkeit und hohe Qualität des Informationsangebotes. Auf Basis einer State-of-the-art-Technologie stellt juris Primär- und Sekundärinhalte in rechtsgebiets- oder zielgruppenspezifischen Modulen zur Verfügung. Zu den Anwendern zählen neben allen deutschen Gerichten Kanzleien, Verwaltungen, Universitäten, Unternehmen, Notare, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

B. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechtsinformationen in Deutschland wird gekennzeichnet durch den noch immer relativ geringen Online-Anteil im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und die nur zögerlich verlaufende Migration von Print auf Online. Die juris GmbH als einer der wegweisenden und bedeutenden Anbieter für Online-Rechtsinformationen unterstützt diesen Übergang, in enger Kooperation mit ihren wichtigsten Partnern, die i.R. der sogenannten jurisAllianz kooperieren. Somit konnte auch im Jahr 2018 ihre Marktposition gestärkt und die Wachstumskurve fortgesetzt werden. All dies erfolgte in einem harten Wettbewerb, wobei juris und die Partner der jurisAllianz im Markt für Rechtsinformationen immer stärker, auch beim Sekundärcontent, die einzig wirkliche Alternative zu beck-online darstellen.

Der Ausbau des Portfolios der jurisAllianz konnte im Rahmen der Kooperation von juris mit renommierten Fachverlagen – Bundesanzeiger Verlag, C.F. Müller, Deutscher Anwaltverlag, dfv Mediengruppe, De Gruyter Recht, Erich Schmidt Verlag, Hüthig Jehle Rehm, Verlag Dr. Otto Schmidt, Stollfuß Medien und Deutscher Notarverlag – in 2018 erfolgreich fortgeführt werden.

Ziel von juris ist es, das Rechtsportal für Deutschland für Legal Professionals und professionelle Steuerberater zu sein und zu bleiben. Um dies zu erreichen, bemüht sich die juris GmbH kontinuierlich, die Kooperation mit den Verlagen der jurisAllianz weiter zu stärken, ihre Alleinstellungsmerkmale – auch im Primärcontent-Bereich – zu sichern und weiterzuentwickeln, technologisch State-of-the-Art zu sein und ihre Kundenbasis zu sichern und weiter auszubauen.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des Geschäftsjahres 2018, wobei die für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse und das Betriebsergebnis darstellen.

2.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse stiegen von rund EUR 48,7 Mio. im Jahr 2017 um rund EUR 3,1 Mio. bzw. 6,3 % auf EUR 51,8 Mio. im Jahr 2018 an. Die juris GmbH konnte somit gegenüber 2017 beim Umsatzwachstum deutlich zulegen. Das Wachstum wurde im Wesentlichen durch die Kombination der aus Primär- und Sekundärcontent bestehenden Angebotsformen, in Zusammenhang mit einer intensiven Marktbearbeitung, realisiert.

Basis für die Kundenbeziehungen bleiben nach wie vor die pauschalierten Abonnementverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten.

2.2 Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2018 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weitere Stärkung der Grundlagen von juris
 - Ausbau der Bereiche Marketing und Vertrieb zur Unterstützung der Positionierung von juris als das Rechtsportal und als Wettbewerber von beck-online und Haufe
 - Aktiver Ausbau des Contents durch das Schließen von Lücken in spezifischen Rechtsgebieten - gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz – sowie die Entwicklung von eigenem Sekundärcontent, wie beispielsweise neuer juris PraxisReport Öffentliches Bau-recht, Neuauflagen der juris PraxisKommentare SGB I, SGB III, SGB VIII, SGB IX sowie des juris PraxisKommentars Internetrecht
 - Kontinuierliche Weiterentwicklung der Recherche und Standardisierung bzw. Reduzierung der juris Portalwelten; die vollständige Umschaltung auf die neue Rechercheoberfläche war ein Meilenstein in 2018

- Weiterentwicklung der juris-Organisation, u.a. durch die Vorbereitung der Raumkonzeption des neuen Bürogebäudes
- Stärkung der jurisAllianz
 - Etablierung einer Task Force zur Koordination der Marketing- und Vertriebsaktivitäten der jurisAllianz
 - Forcierung der Print-Online-Transition in Kooperation mit führenden Buchhandlungen
 - Aufnahme neuer Partner in die jurisAllianz (Deutscher Anwaltverlag)
 - Bestandsaufnahme und Überarbeitung des Angebotes

3. Produktpolitik

Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt unverändert ihr Angebot, welches Primär- und Sekundärcontent zielgruppengerecht bündelt und dieses, über eine an den spezifischen Bedürfnissen ausgerichtete Recherchetechnologie, den Kunden direkt zur Verfügung stellt. Das Portfolio konnte durch die abgestimmte Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie weiteren Verlagen im Rahmen eines übergreifenden Product-Development-Ansatzes weiter ausgebaut werden. Durch die im Vorjahr eingeführte und weiterentwickelte Rechercheoberfläche, die über zusätzliche Funktionalitäten und eine verbesserte Usability verfügt, ist die juris GmbH im Wettbewerb um den Desktop gut aufgestellt.

4. Dokumentation und Content

Der Erfolg der Content-Strategie der juris GmbH gründet neben dem Abstellen auf Vollständigkeit, Aktualität und Zuverlässigkeit in erheblichem Maße auf dem Mehrwert, der dem Angebot durch weiteren Sekundär-Content – insbesondere im Rahmen der jurisAllianz – sowie durch die Art und Tiefe seiner Erschließung hinzugefügt wird. Das hohe Maß dokumentarischer und funktionaler Qualität wird durch die seit Jahren für die juris GmbH arbeitenden Experten sowie durch das von juris über die Jahre entwickelte Know-how bei der Programmierung der Suchalgorithmen sichergestellt.

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit juris aus. Dadurch konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH weiter professionell ausgestaltet und ausgebaut werden.

5. Investitionen

juris hat in 2018 selbstgeschaffene Software in Höhe von TEUR 2.019 aktiviert. Die Entwicklung der übrigen Investitionen stellt sich wie folgt dar:

	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	790
Technische Anlagen und Maschinen	1.004
Betriebs- und Geschäftsausstattung	482
Sonstiges	36

6. Personal und Organisation

2018 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 242 (i. Vj. 231 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare. Hierin enthalten sind auch im Jahresdurchschnitt 41 Aushilfen.

Die Arbeitsmarktproblematik im Allgemeinen und der Standort Saarbrücken im Besonderen erschweren das Besetzen von Positionen vor allem in den Bereichen Marketing und IT sowie auf Managementebene. Durch eine aktive und innovative Search-Politik und dem Offerieren von zeitgemäßen Angeboten versucht juris hier jedoch gegenzusteuern. Mit der in 2015 gegründeten Außenstelle am Flughafen Frankfurt am Main, die als Büro für den Key-Account Vertrieb dient, konnte die Attraktivität von juris als Arbeitgeber in diesem Bereich deutlich gesteigert werden. Diesem Ansatz folgend wird in Berlin ab Anfang 2019 ein Co-Working Space, zur Entwicklung neuer Projekte und für die Task Force jurisAllianz, eingerichtet werden. Daneben wird die Anziehungskraft von juris für Arbeitnehmer mit der Ablösung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch AT-Verträge, wie sie in Abstimmung mit dem Betriebsrat bei Führungskräften, Key-Account Managern und Spezialisten zur Anwendung kommen, sowie durch den Einsatz von attraktiven Prämien- und Provisionsmodellen, die Einführung der Vertrauensarbeitszeit, eine konsequente Personalentwicklungspolitik und einer zukunftsweisenden Arbeitsumgebung i.R. des Neubauprojekts weiter gesteigert.

7. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf in 2018 mit einer Gesamtleistung i. H. v. EUR 52,6 Mio. den Vorjahreswert i. H. v. EUR 49,6 Mio. um 6,1 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden EUR 12,6 Mio. (i. Vj. EUR 12,6 Mio.) erzielt. Die Steigerung der Umsatzerlöse sowie im Wesentlichen gestiegene Material- und Personalkosten gleichen sich im Berichtsjahr aus.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2018 ein Jahresüberschuss von rund EUR 8,33 Mio. (i. Vj. EUR 8,55 Mio.). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgesperrten Beträge in Höhe von EUR 1,19 Mio. steht ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 7,14 Mio. zur Ausschüttung zur Verfügung. Die Geschäftsführung beabsichtigt, der Gesellschafterversammlung vorzuschlagen, eine Ausschüttung in Höhe des maximal verfügbaren Betrages von EUR 7,14 Mio. vorzunehmen.

Die Erhöhung der Gesamtkosten um 8,24 % gegenüber 2017 ist durch den Anstieg der Materialaufwendungen um EUR 1,6 Mio. bzw. 14,25 % von EUR 11,8 Mio. auf EUR 13,4 Mio. und der Personalaufwendungen um rund EUR 1,1 Mio. bzw. 6,96 % von EUR 16,5 Mio. auf EUR 17,6 Mio. bedingt. Die Abschreibungen liegen mit EUR 1,45 Mio. um EUR 0,3 Mio. bzw. 25,8 % über dem Vorjahreswert (EUR 1,16 Mio.). Darin enthalten sind mit einem Anteil von TEUR 147,2 Abschreibungen auf selbst geschaffene Software (i. Vj. TEUR 36,5). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit EUR 8,2 Mio. auf dem Niveau des Vorjahres.

8. Vermögenslage

Die Bilanzsumme in 2018 beträgt TEUR 27.960 und liegt damit rund TEUR 2.327 über dem Niveau von 2017 (TEUR 25.633).

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen von TEUR 5.272 um TEUR 2.931 auf TEUR 8.203. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Aktivierung der selbst geschaffenen Software in Höhe von TEUR 2.019 sowie die Anschaffung eines neuen Storage und weiterer Server-Hardware in Höhe von TEUR 1.004 zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen stiegen die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 3.507 um TEUR 425 auf TEUR 3.932. Die Forderungen waren per 22.02.2019 im Wesentlichen erfüllt. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2018 reduzierten sich von TEUR 16.328 in 2017 um TEUR 1.421 auf TEUR 14.907.

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für die Folgejahre aus und ist von TEUR 401 um TEUR 466 auf TEUR 867 gestiegen. Hierbei handelt es sich primär um Wartungsverträge für Hard- und Software.

Auf der Passivseite ist eine Steigerung des Eigenkapitals von TEUR 11.784 bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses um TEUR 966 auf TEUR 12.750 zu verzeichnen. Dies ist begründet durch den auf TEUR 1.737 gestiegenen, nicht ausschüttbaren Gewinnvortrag aus 2017 und den um TEUR 215 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkenen Jahresüberschuss 2018.

Die Rückstellungen erhöhten sich von TEUR 7.315 um TEUR 539 auf TEUR 7.854. Grund dafür ist im Wesentlichen der Anstieg der Rückstellungen für Erlösanteile im Jahr 2018. Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von TEUR 4.507 um TEUR 321 auf TEUR 4.828 gestiegen, was auf den Umsatzzuwachs zurück zu führen ist.

Die passiven latenten Steuern stiegen von TEUR 393 um TEUR 686 auf TEUR 1.079. Weitere Details hierzu sind im Anhang aufgeführt.

9. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch in 2018 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor TEUR 2.681. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Geplant ist, alle ausschüttbaren Jahresüberschüsse an die Gesellschafter auszuschütten. Das Finanzergebnis lag mit einem Aufwand in Höhe von TEUR 3 in 2018 gegenüber TEUR 33 in 2017 unter dem Vorjahr. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Aufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen. Zinserträge sind am Finanzmarkt aktuell nahezu nicht zu erzielen. Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich. Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der Gesellschaft den Erwartungen entsprechend entwickelt und ist damit günstig verlaufen.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterhält ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potenzielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden. Ein kontinuierliches Monitoring stellt sicher, dass erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Daneben erfolgt, mithilfe der monatlichen Varianzanalysen, die Aufdeckung ggf. vorhandener Abweichungen, so dass ein rechtzeitiges Gegensteuern möglich ist. Im Rahmen von Forecasts und Budgetplanung wird eine grundsätzliche Überprüfung bzw. Bewertung der Ausrichtung der Geschäftspolitik und der für das jeweilige Jahr vorgesehenen Maßnahmen vorgenommen, wobei eine Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen erfolgt.

Die juris GmbH antizipiert somit die sich wandelnden Marktgegebenheiten, die noch immer geprägt sind durch die Zunahme von frei verfügbarem juristischen Content im Internet, die Herausforderungen, die IWG und Open Government an die Informationsbereitstellung durch die öffentliche Hand stellen und den immer härteren Wettbewerb. Ziel ist es, auch in Zukunft die Alleinstellungsmerkmale durch Verbesserung der Erschließung des Primärcontents in Verbindung mit dessen Aufwertung durch relevanten Sekundärcontent sowie die einzigartige Suche zu stärken. Auf Basis dieser Mehrwertstrategie ist die juris GmbH zuversichtlich, auch langfristig ihre bisherige Marktposition im Wettbewerbsumfeld erfolgreich weiter ausbauen zu können.

Es bleibt ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu Bund und Ländern zu erhalten und qualitativ weiter zu entwickeln.

Im Jahr 2018 wurde neben dem Ausbau des Primär- und Sekundärcontent-Angebotes die im September 2017 eingeführte neue Rechercheoberfläche weiterentwickelt, um dem zielgruppenspezifischen Informationsverhalten der juris-Kunden besser Rechnung tragen zu können.

Im Jahr 2019 soll, sowohl mit weiteren neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten – auch für Paralegals - als auch mit der Stärkung und Verbesserung der gemeinsamen Marketing- und Vertriebsaktivitäten der jurisAllianz, eine noch fokussiertere Ansprache und Abdeckung der Bedürfnisse der Zielgruppen ermöglicht werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die juris GmbH im Verbund mit der jurisAllianz ihre Position als einer der führenden Online-Anbieter von Rechtsinformationen in Deutschland weiter stärkt. Die juris GmbH ist somit für die zukünftigen Herausforderungen gut gerüstet.


Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund, dass der Markt für Rechtsinformationen in den kommenden Jahren, insbesondere wegen der anhaltenden Migration von Print auf Online, Potenzial bietet, wird auch in 2019 ein weiterhin leichtes Wachstum der Umsatzerlöse sowie ein auf dem Vorjahresniveau liegendes Betriebsergebnis angestrebt.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 22. März 2019



Samuel van Oostrom
Geschäftsführer



Johannes Weichert
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland,
Saarbrücken

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestä-

tigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstel-

lungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks

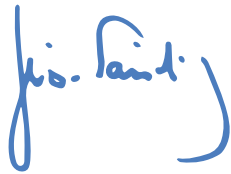
erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, den 22. März 2019

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Geis-Sändig
Wirtschaftsprüfer



Heintz
Wirtschaftsprüfer

